

Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 5 " verlängere Noire-Strasse " in Alzey

BEGRÜNDUNG **gemäß § 2a BauGB**

**STADTVERWALTUNG ALZEY
BEREICH 5 – BAUEN, UMWELT UND KLIMASCHUTZ**

Stand: Oktober 2025

INHALT

1	Planungserfordernis	2
1.1	Plananlass.....	2
1.2	Planungsrechtliches Verfahren	2
2	Plangebiet	2
2.1	Lage und Abgrenzung des Plangebietes	2
2.2	Situation im Plangebiet	3
2.3	Zulässigkeit von Bauvorhaben / Art und Maß der baulichen Nutzung.....	4
2.4	Infrastruktur	4
	2.4.1 Verkehr	4
	2.4.2 Ver- und Entsorgung	4
	2.4.3 Flächen mit Bodenbelastungen	5
3	Planungsrechtliche Situation	5
3.1	Landes- und Regionalplanung	5
3.2	Flächennutzungsplan (FNP).....	5
3.3	Sonstige bestehende Planungen	5
4	Belange des Umweltschutzes	5
4.1	Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes	5
4.2	Abwägung der Beeinträchtigungen der Umwelt durch Aufhebung des Bebauungsplans	6

1 Planungserfordernis

1.1 Plananlass

Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) haben Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für ihre städtebauliche Ordnung und Entwicklung erforderlich ist. Im Umkehrschluss dazu kann bzw. muss eine Gemeinde auch Bauleitpläne aufheben, wenn diese nicht mehr den Zielen ihrer städtebaulichen Entwicklung entsprechen.

Der Bebauungsplan Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ in Alzey - rechtskräftig seit September 1963 - setzt Bau- und Straßenfluchten fest, die vor allem die verkehrliche Erschließung des Gebiets veränderten. Dabei wurde die Verbindung von der Seuberstraße zur Nibelungenstraße (B271) aufgehoben. Die neue Erschließung erfolgt bis heute ausschließlich über eine Stichstraße (Sackgasse), die von der Volkerstraße abgeht.

Durch diese verkehrliche Umgestaltung konnte der Durchgangsverkehr und die Fläche für Erschließungsinfrastruktur minimiert werden. Da die im Bebauungsplan festgesetzte bauliche Entwicklung abgeschlossen ist, entfällt das Erfordernis im Rahmen der städtebaulichen Ordnung und Entwicklung.

1.2 Planungsrechtliches Verfahren

Da die Vorschriften des Baugesetzbuches zur Aufstellung von Bebauungsplänen nach § 1 Abs. 8 BauGB auch für ihre Änderung, Ergänzung und Aufhebung gelten, kann die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 5 nicht durch einen einfachen Beschluss erfolgen, sondern es muss ein Verfahren gemäß Baugesetzbuch durchgeführt und eine Aufhebungssatzung beschlossen werden.

Mit dem Beschluss zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ am 17.11.2016 hat der Stadtrat der Stadt Alzey das Aufhebungsverfahren formal eingeleitet.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in der Zeit vom 12.12.2016 bis zum 16.01.2017, wobei keine Bedenken und Hinweise geäußert wurden. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB wurde vom 07.12.2016 bis zum 16.01.2017 durchgeführt. Hierbei sind von der Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz Hinweise zu Einzeldenkmälern und der Denkmalzone „Altstadt“ sowie vom Verein für Naturforschung und Landespflege e.V. Hinweise zum Artenschutz, der bei baulichen Veränderungen berücksichtigt werden muss, eingegangen.

Nachdem die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt wurde, kann die Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ in Alzey durch den Stadtrat beschlossen werden.

2 Plangebiet

2.1 Lage und Abgrenzung des Plangebietes

Das Plangebiet befindet sich im historischen Stadtzentrum von Alzey am Obermarkt. Es umfasst das südliche Ende der Noirestraße ab der Kreuzung Volkerstraße und die daran angrenzende Bebauung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ umfasst eine Fläche von ca. 1,2 ha und befindet sich in Flur 1 der Gemarkung Alzey.

Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs der Aufhebungssatzung orientiert sich am Plangebiet des Bebauungsplans Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ von 1963 und ist der nachfolgenden Planzeichnung zu entnehmen.

Abb. 1: Plangebiet Bebauungsplan Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“:



2.2 Situation im Plangebiet

Die Stadt Alzey hatte in den Jahren 1963 das Verfahren für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ durchgeführt, um die verkehrliche Erschließung im Geltungsbereich neu zu gestalten. Dafür wurden zum einen bestehende Straßen- und Baufluchten aufgehoben sowie zum anderen neue Straßen- und Baufluchten im Bereich der Noirestraße und der Nibelungenstraße festgesetzt.

Entlang der Noirestraße ist die Bebauung sehr heterogen. Auf der westlichen Straßenseite liegt die Bebauung – bestehend aus Ein- und Zweifamilienhäusern – überwiegend auf der vorderen Grundstücksgrenze und fasst somit den Straßenraum. Im Wendehammer und auf der östlichen Straßenseite tritt die Bebauung wiederum von der Grundstücksgrenze zurück. Dort befinden sich unregelmäßig breite, überwiegend begrünte Vorgartenzonen. Im

nördlichen Teil der Noirestraße befindet sich auf dieser Seite zudem kein Gehweg. Stattdessen befinden sich dort öffentliche Stellplätze.

Im Bereich der Volkerstraße sowie im nördlichen Bereich der Nibelungenstraße liegt eine überwiegend geschlossene Bebauung aus zwei- bis dreigeschossigen Mehrfamilienhäusern vor. Diese lockert im Verlauf der Nibelungenstraße weiter auf und wird durch freistehende Einfamilienhäuser ergänzt.

2.3 Zulässigkeit von Bauvorhaben / Art und Maß der baulichen Nutzung

Im Bebauungsplan Nr. 5 „verlängerte Noire-Strasse“ wurden keine Gebietsarten festgesetzt (Art der baulichen Nutzung), allerdings befinden sich in seinem Geltungsbereich überwiegend Wohnnutzung mit vereinzelt, das Wohnen nicht störenden Gewerbebetrieben. Dies entspricht dem Gebietscharakter eines Allgemeinen Wohngebiets (WA).

Die vorliegenden Nutzungen werden - auch nach der Aufhebung des Bebauungsplans - in diesem Bereich weiterhin zulässig sein, da sie einem Allgemeinen Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO entsprechen.

Als einzige Festsetzung enthält der Bebauungsplan Straßen- und Baufluchten, die die überbaubare Grundstücksfläche definieren (näheres dazu siehe Punkt 2.2).

Nach § 30 Abs. 1 BauGB liegt ein sogenannter qualifizierter Bebauungsplan dann vor, wenn dieser Festsetzungen über Art und Maß der baulichen Nutzung, die überbaubaren Grundstücksflächen und die örtlichen Verkehrsflächen enthält. Der Bebauungsplan Nr. 5 „verlängerte Noire-Strasse“ enthält jedoch keine Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung. Demnach liegt nach § 30 Abs. 3 BauGB ein sogenannter einfacher Bebauungsplan vor. Durch diesen wird geregelt, dass sich bei fehlenden Angaben die Zulässigkeit von Vorhaben im Übrigen nach § 34 oder § 35 BauGB richtet. Da der Bebauungsplan Nr. 5 „verlängerte Noire-Strasse“ im Innenbereich liegt, richtet sich die Zulässigkeit nach § 34 BauGB, wonach die Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile beurteilt wird.

Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile ist ein Vorhaben zulässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt und die Erschließung gesichert ist.

Durch Aufhebung des Bebauungsplans wird das Gebiet in den unbeplanten Innenbereich entlassen, so dass die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von zukünftigen Bauvorhaben weiterhin nach § 34 BauGB zu beurteilen sein wird.

2.4 Infrastruktur

2.4.1 Verkehr

Alle Baugrundstücke im Plangebiet sind verkehrstechnisch über die vorhandene Straßen voll erschlossen.

Der Löschwasserbedarf für die im Plangebiet gelegenen Grundstücke kann über vorhandene Hydranten im öffentlichen Verkehrsraum mit 48 m³ über maximal zwei Stunden hinweg bereitgestellt werden.

2.4.2 Ver- und Entsorgung

Die Versorgung mit Trinkwasser, Elektrizität, Gas und Telekommunikationsanlagen ist über bestehende Leitungen in den vorhandenen Straßen gewährleistet.

Das im Plangebiet anfallende Schmutzwasser kann über die vorhandenen Mischwasserkanäle abgeleitet werden. Das Schmutzwasser wird der Kläranlage Alzey zugeführt.

2.4.3 Flächen mit Bodenbelastungen

Flächen mit Bodenbelastungen bzw. Altlastverdachtsflächen sind im Plangebiet nicht bekannt.

3 Planungsrechtliche Situation

3.1 Landes- und Regionalplanung

Die Ziele der Raumordnung ergeben sich aus den Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms LEP IV aus dem Jahr 2008 und den Vorgaben des Regionalen Raumordnungsplanes Rheinhessen-Nahe aus dem Jahr 2004. Die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms sind in den Regionalen Raumordnungsplänen konkretisiert und ausgeformt.

Im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe ist das Plangebiet als Siedlungsfläche Wohnen dargestellt. Mit der Aufhebung des Bebauungsplans tritt keine Änderung dieser Darstellung ein. Das Vorhaben ist den Zielen der Raumordnung angepasst und entspricht somit dem Erfordernis des § 1 Abs. 4 BauGB.

3.2 Flächennutzungsplan (FNP)

Im Flächennutzungsplan der Stadt Alzey, der seit dem 15. September 1998 rechtswirksam ist, wird das Plangebiet, der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 5 „verlängerte Noire-Strasse“ in Alzey, als gemischte Bauflächen (M) ausgewiesen.

Mit der Aufhebung des Bebauungsplans soll keine Änderung der baulichen Nutzung erfolgen, der Gebietscharakter soll erhalten bleiben.

3.3 Sonstige bestehende Planungen

Der Bebauungsplan Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ ist Teil des Geltungsbereichs der Gestaltungssatzung der Stadt Alzey.

4 Belange des Umweltschutzes

Für die Belange des Umweltschutzes muss im Bauleitverfahren, auch bei Aufhebung von Bauleitplänen (§ 1 Abs. 8 BauGB), eine Umweltprüfung durchgeführt werden, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt und die ermittelten erheblichen Umweltauswirkungen in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Dazu ist von der Gemeinde festzulegen, in welchem Umfang und Detaillierungsgrad die Ermittlung der Umweltbelange für die Abwägung erforderlich ist.

4.1 Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustandes

Ziel dieser Planung ist die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ in Alzey. Die Rechtskraft der Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplans wird hinsichtlich der Nutzung der Fläche keine wesentlich neuen Verhältnisse schaffen.

Faktisch wird kein neues Baurecht geschaffen – es entstehen keine neuen Bauplätze. Eine Ergänzung, Erweiterung oder Änderung der vorhandene Bebauung ist sowohl mit dem Bebauungsplan als auch ohne diesen möglich, soweit es den Festsetzungen des Bebauungsplans entspricht bzw. soweit sich das Vorhaben in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt, nachdem der Bebauungsplan aufgehoben wurde.

Im Bestand stellt sich das Plangebiet als ein locker bebautes Allgemeines Wohngebiet mit einer überwiegenden Wohnnutzung dar. Die Parzellierung ist sehr heterogen, weshalb einige Grundstücke kaum privates Grün vorsehen, wie die Blockrandbebauung im nordöstlichen Teil des Plangebiets. Die Grundstücke entlang der Noirestraße sind in ihrer Struktur heterogener und weisen höhere Anteile von privaten Grünflächen vor. Es gibt keine öffentlichen Grünflächen. Bei der Tier- und Pflanzenwelt ist das typische Inventar

solcher Siedlungsflächen zu erwarten. Mit der Aufhebung des Bebauungsplans bleibt der Umweltzustand in dem Gebiet unverändert erhalten. Negative Auswirkungen auf die umweltrelevanten Schutzgüter sind nicht zu erwarten.

4.2 Abwägung der Beeinträchtigungen der Umwelt durch Aufhebung des Bebauungsplans

Alle Grundstücke im Plangebiet werden dem Innenbereich gem. § 34 BauGB zugeordnet. Nachverdichtungen im Bestand waren bereits und werden auch zukünftig zulässig sein, da sie dem Schutz des Außenbereichs dienen. Nach Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 1 werden Bauvorhaben planungsrechtlich durch die Baugenehmigungsbehörde nach § 34 BauGB, d.h. Bauen im unbeplanten Innenbereich, beurteilt. Dies bedeutet im Einzelnen, dass ein Vorhaben nur zulässig ist, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung und der Bauweise in die Eigenart der näheren Umgebung einfügt. Damit ist nicht zu befürchten, dass nach Aufhebung des Bebauungsplans größere Bauvorhaben mit einer höheren Versiegelung der Baugrundstücke als bisher in dem Gebiet möglich sind, gestattet werden.

Sofern künftig Bau- oder Abrissmaßnahmen im Plangebiet durchgeführt werden, sind auch die Belange des Artenschutzes im Einzelfall im Rahmen des bauordnungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens zu prüfen.

Im Ergebnis hat die Aufhebungssatzung zum Bebauungsplan Nr. 5 „verlängere Noire-Strasse“ keine Auswirkungen auf die Schutzgüter sowie den Artenschutz, da die baulichen Entwicklungsmöglichkeiten sowohl zum jetzigen Zeitpunkt als auch nach der Aufhebung die Gleichen sind. Erhebliche Umweltauswirkungen und Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft i. S. d. §§ 18 ff. BNatSchG sind durch die Aufhebung des Bebauungsplans voraussichtlich nicht zu erwarten, sodass über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nicht zu entscheiden ist.

Die Anwendung der Bilanzierung zur Bewertung von Ist- und Planungszustand wird nicht als notwendig angesehen. Die Festlegung von Kompensationsmaßnahmen ist im Rahmen dieser Planung daher nicht erforderlich.